

selbstüberzeugend zu entscheiden. Ich erachte nun das Proporzsystem grundsätzlich für unsere Verhältnisse nicht empfehlenswert, weil die innere Begründung des Systems bei uns fehlt. Unsere Parteien waren und sind mehr äusserlich, personalmässig bedingt, nicht aber durch innere notwendige Ausscheidung weltanschaulicher, wirtschaftlicher oder politischer Art. Wir alle wissen, und vor allem empfindet es das Volk, was wir diesem Parteienzwist zu verdanken haben oder, besser gesagt, haben opfern müssen. Die Quelle dieses Unsegens gesetzlich festzulegen, ist sicher nicht von Vorteil und auch nicht im Sinne der heutigen Bevölkerung. Die heutigen Umstände und die nähere Zukunft mahnen überdies zu doppelter Vorsicht und Verantwortung. Ich habe nie verfehlt, Ihnen diese meine Ansicht offen klarzulegen. Die Gründe meiner Stellungnahme sind nicht etwa abgeschwächt, sondern geradezu durch die Verhältnisse der jüngsten Entwicklung verschärft worden. Es widerspricht mir, jahrelang aus Überzeugung gegen eine Idee zu kämpfen und eines Tages aus blossem Opportunismus mich dafür einzusetzen. Es ist mir auch nicht möglich, einer Sitzung des Landtages vorzustehen, in der aller Voraussicht nach dieser Beschluss gefasst werden soll. Ich erkläre ausdrücklich, weder Parteiabmachungen, noch den PartEIFrieden damit sabotieren zu wollen. Im Gegenteil, geradezu aus dem Gedanken eines ehrlichen dauernden Friedens für die Zukunft sehe ich mich veranlasst, diesem Beschluss auch in letzter Stunde meine Bedenken entgegenzustellen. Unter diesen Umständen bitte ich, meine Meinung nochmals zu prüfen und ersuche, mich von der weitem Teilnahme an der Verhandlung des Gegenstandes entschuldigt halten zu wollen.» Im Votum des Abgeordneten Peter Büchel widerspiegelt sich das Dilemma der Bürgerpartei. Er führt aus: «Es fällt mir überhaupt schwer, dieser Verfassungsänderung zuzustimmen. Es ist allbekannt, dass ich von jeher ein Proporzgegner war, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich befürchte, dass durch das Proporzgesetz und die Verfassungsabänderung ein gesetzliches Fundament für die Parteien geschaffen wird. Wenn nun solche da sind, wird man sich zu einer bekennen müssen. Ich habe von jeher betont, die Parteien sind der Untergang für das Land. Nachdem die Friedensverhandlungen im Frühjahr dieses Ergebnis gezeitigt haben und die Unterhändler versprochen haben, dass die Wahlen des Landtages im Jänner 1939 nach dem Proporzgesetz durchgeführt werden, muss ich mich wie andere Abgeordnete mit schwerem Herzen dazu bequemen, für diese Verfassungsänderung zu stimmen. Es geht einem zwar dies fast gegen die Überzeugung, doch viele